

Die Mitgliedschaften Posen, Pommern und Hannover waren inzwischen wieder eingegangen, dagegen eine solche in Leipzig neu entstanden. Die Berichte der Delegierten waren kurz und ziemlich optimistisch gehalten in Bezug auf Zunahme ihrer Mitgliedschaften in der Zukunft, denn wenn Wriehs aus Berlin berichten konnte, daß die Mitgliederzahl dortselbst von 66 auf 400 gestiegen sei und ich mich erinnere, daß wir in München im Sommer 1873 doch nahezu an 100 Mitglieder gewesen sein dürften, zusammen also bereits gut die Hälfte der auf dieser Generalversammlung vertretenen Mitglieder, so kann die Zahl derselben in den anderen genannten Orten keine große gewesen sein, die zu solchen Hoffnungen Anlaß geben konnte. Gewiß haben die Streiks in Stuttgart und Hamburg dazu beigetragen, die Mitgliederzahl zu reduzieren, da von Stuttgart, das vor dem Streik sehr gut bestand, gerade die eifrigsten Mitglieder abtraten und eine größere Anzahl dem Vereine den Rücken kehrten. Ähnlich war es in Hamburg, wo zu allem Ueberflus der Vorstand bezw. dessen Vorsitzender, Auer, für das Mißlingen des Streiks verantwortlich gemacht wurde, weil er mit Unterstützungen zu knauserig gewesen wäre. Es wurde dabei wohl nicht bedacht, daß weitere Erfolge in Hamburg nicht mehr zu erreichen waren und auch in Stuttgart Geld sehr notwendig war und nach dort geleitet werden mußte. Ueber die Zahl der Mitglieder in den einzelnen Orten, über den Geldumlauf und die Höhe der Summen für Reiseunterstützung u. s. ist oder war dem Protokoll nichts zu entnehmen, und trotzdem beschlossen worden war, die Abrechnung dem Protokoll beizufügen, ist dies unterblieben.

Es dürfte sich dies dadurch erklären lassen, daß, nachdem die Abrechnung von der Rechnungsprüfungskommission beanstandet, der Beschluß gefaßt wurde, sämtliche Kassenbücher und auf Kassenverhältnisse Bezug habendes Material zur Revision und Berichtserstattung an eine Mitgliedschaft zu überweisen. Hierzu wurde dann München bestimmt.

Ob jedoch das Material nach München gesandt und da geprüft bezw. später das Resultat bekannt gegeben wurde, vermag ich um so weniger zu sagen, als ich im Herbst München verließ und weder später davon gehört, noch im Dresdner General-Versammlungs-Protokoll etwas davon zu lesen war. Erkundigungen bei den verhältnismäßig noch zahlreich lebenden ehemaligen Mitgliedern hier in München waren früher und bleiben später und bis auf heute erfolglos. Selbst bei der Wittve des Münchener Vertreters in Offenbach, des späteren Reichstagskandidaten für München I, Genossen Pöhlitz, welche mir dessen hinterlassenen Bücher und Schriftstücke bereitwilligst zur Durchsicht überließ, konnte ich auch nicht ein Exemplar finden, das auf unseren Verband irgendwie Bezug gehabt hätte.

In Bezug auf die Beanstandung der Abrechnung muß ich noch erwähnen, daß dieselbe nicht auf das Konto des Kassiers Wütz, sondern seines Vorfahren zu setzen war, welcher eben nicht für alle Ausgaben Belege hatte und seinem Nachfolger noch 100 Thaler Schulden zu bezahlen hinterließ, der die Kasse überhaupt in desorganisiertem Zustande übernommen und erst nach vieler Mühe Ordnung in die Bücher bringen konnte. Von den zu Offenbach beschlossenen Änderungen der Statuten ist zu erwähnen der Antrag Hamburg, den Namen des Vereins zu ändern in: "Verein für Sattler und Tapezierer" Beschlossen wurde: "Verein der Sattler und Verursagten." Ein Antrag, den monatlichen Beitrag von 30 auf 50 Pfg. zu erhöhen, gestellt von Berlin, wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt, nachdem die Vertreter von Offenbach, Stuttgart, München, Zwickau und Dresden dagegen gesprochen und der Vorsitzende Auer, wie später Sassenbach in Hannover, erklärt hatte, daß der Verein auch bei den niedrigeren Beiträgen lebensfähig sei.

Verheirateten Mitgliedern wurde nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft ein Sterbegeld von acht Thalern zugesichert. Unterstützungen bei Streiks wurden als Darlehen erachtet und gegen Schuldschein gewährt, welche jedoch nach beendetem Streik als bezahlt quittiert wurden denjenigen, welche ihren diesbezüglichen Bestimmungen nachgekommen waren.

Ein Antrag auf Herabsetzung der Reiseunterstützung wurde (Wehrle-Wien hatte das Jahr vorher 1 1/2 Sgr. pro Meile beantragt und sollte dieselbe bei günstigem Kassenergebnis später dahin erhöht werden), wie ein solcher, der zu wählenden Agitationskommission für das nächste Jahr 50 Thaler zu überweisen, abgelehnt. Als Ort der Agitationskommission wurde Hamburg bestimmt und ebenso, daß nur mehr der Volksstaat, welcher allen Erlösen des Ausschusses bereitwilligst Aufnahme gewährte, als einziges offizielles Organ gelten sollte.

Im Uebrigen konnte hervorgehoben werden, daß überall da, wo die Organisation festen Fuß gefaßt hatte, die Arbeitszeit um ein Erklebliches verkürzt wurde, so in München von 13 und theilweise 14 Stunden auf 11 Stunden, und daß auch Kost und Logis, soweit solches noch vorhanden, abgeschafft wurde. Entsprechend haben sich auch die Löhne gehoben, d. h. diese sind bei kürzerer Arbeitszeit die gleichen geblieben, zum Theil auch absolut in die Höhe gegangen. Der Verein ließ sich im Allgemeinen gut an und war dies zu einem guten Theil der unermüdeten agitatorischen und ausklärenden Thätigkeit des 1. Vorsitzenden, Kollegen Auer, seit langen Jahren Reichstagsabgeordneter, zuzuschreiben. Nur zu früh legte er diesen Posten nieder, war aber trotzdem für den Verein weiter thätig, wie er denn auch bei der Neugründung 1889

und bei unserer Bewegung 1890 in München mit Rath und That zur Hand war.

Zwei von Auer eingebrachte, die erste einstimmig, die zweite gegen 2 Stimmen angenommene Resolutionen sollen hier noch Platz finden; sie lauteten:

Der zu Offenbach tagende Kongreß des Allgemeinen Deutschen Sattlervereins betrachtet es als einen großen Mißstand in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, daß dieselbe als ein Anhängsel politischer Parteien betrachtet und mißbraucht wurde und spricht derselbe sich dahin aus, daß die Gewerkschaftsbewegung selbständig und unabhängig von der politischen zu halten ist, indem durch das fortwährende Intriguen einzelner politischer Parteiführer die Gewerkschaftsbewegung bis jetzt nur geschädigt wurde, zugleich aber durch das Vermischen der beiden Richtungen der Bourgeoisie willkommene Gelegenheiten geboten wird, der ihr mehr als die politische Bewegung verhassten Gewerkschaftsbewegung, die von ihr abhängige und beeinflusste reaktionäre Staatsgewalt auf den Hals zu legen."

In Erwägung, daß die Arbeiter aller Kulturländer die gleichen Interessen in ihrem Kampfe gegen die Kapitalmacht vertreten, in fernerer Erwägung, daß der gemeinsame Gegner der Arbeiter, das Kapital, längst international organisiert ist und ohne Rücksicht auf Farbe und Sprache der Druck auf die Arbeiter überall derselbe ist, in weiterer Erwägung, daß eine Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsrichtungen nur dann zu ermöglichen ist, wenn die Arbeiter allerorts von der gleichen Idee durchdrungen sind und den Kampf gemeinsam führen, betrachtet es der Kongreß als Pflicht eines jeden Arbeiters, für die Verbreitung der internationalen Idee zu wirken und derselben überall Eingang zu verschaffen, erblickt aber in der nationalen Organisation durchaus kein Hemmnis zur Verbreitung obiger Ideen, im Gegentheil, in Anbetracht der staatlichen Einrichtungen, aus Klugheit und tatsächlichen Gründen, sogar für geboten."

Eine der tüchtigsten Mitgliedschaften war Dresden, was Wunder, wenn ich daselbst, nachdem ich in einer besseren Werkstätte, „bei Hänel am See“, Arbeit erhalten hatte, länger zu verweilen gedachte. Die Dresdner dachten und ich that anders. In den wenigen Versammlungen, die ich zu besuchen Gelegenheit hatte, wurde sehr viel für die Ausbreitung des Vereines, im speziellen Falle für die Gründung eines solchen in Görlitz, als erster Etappe in Schlessen gesprochen. Zu diesem Zwecke sollte ein Mitglied dort Arbeit nehmen und dafür wirken, denn außer anderen Geschäften und einer Waggonfabrik hatte sich dort eine Militäreffektenfabrik von Deg aufgethan. Deg war früher Werkführer bei Hofmann in Berlin und hatte von dort einen Stab von Arbeitern mitgebracht und weitere eingestellt, gewiß ein günstiges Feld — scheinbar einem Stellenbezug. Domizilwechsel bereit war und ich, seit ich aus Wiener Boden, von Andreas Schein und Wost zum ersten Male etwas von der modernen oder Arbeiterbewegung überhaupt gehört hatte, war ich doch während der Jahre 1867—71 Angehöriger der Reichsdeutschen Ferienkolonie, dieselbst mit mehr Mut und Enthusiasmus, als Ueberzeugung mit beiden Beinen, wie man oft sich ausdrückt, reinsprang, ließ mich herbei, nach der schlesischen Stadt, nicht etwa um Dresden oder anderes Geld zu fahnen, sondern nach dort zu pilgern, um meine Fähigkeit zum Agitator zu erproben. Arbeit erhielt ich nun zwar sofort, fand jedoch bald heraus, daß ich, um irgend Anhang für mein Werk bei den Herren Kollegen zu finden, mich erst einigermaßen durch ein gewisses Quantum von Arbeit bei denselben in Respekt bringen mußte. Dazu gehörte die Leistung von 12 Patronentaschen à 3/4 Gr. pro Tag incl. Mütter annehmen; in Berlin und anderwärts wurden 4 Sgr. bezahlt. Ohne diese Leistung wäre ein Diskut überhaupt gar nicht möglich gewesen, wie ich das später noch an anderen Orten in Erfahrung zu bringen Gelegenheit hatte. Zum Glück wurde mir Assistent durch einen vom Rhein zugereisten Kollegen, der, obwohl dem Fabrikanten verpflichtet, doch treulich für seine Ueberzeugung eintrat. Somit ließ sich Alles gut an, Deg war ein gemüthlicher Herr und wollte zwei Tonnen Bier nebst obigen Zigarren zum Festen geben, vorausgesetzt natürlich, daß wir einen Vergnügungsverein gründeten, denn mit den Sattlern, „ich kenne meine Berliner“, meinte er, sei nach der Richtung, wie wir wollten, nichts anzufangen. Auf unseren Einwurf, es käme doch darauf an, die Kollegen zu einigen, und wenn dies gelinge, dürfte er sich doch bequemen, von seiner Auffassung abzulassen, wurde dem Kollegen eine sogenannte Wohlthat vorgeworfen und dann beiden günstige Zukunft in Aussicht gestellt. — Er kannte sie besser. — Da wir für seine Zwecke nicht zu haben waren, wurde mir, als ich meine Arbeit lieferte, die Abkehr, dasselbe geschah bei Kohl und dem heute wohl noch lebenden Mitglied, Kollegen Härtel, der die Einberufung einer Versammlung als Unfassiger mit unterzeichnet hatte, wurde gleichfalls mit Kündigung gedroht. Wenn Deg jedoch glaubte, die Versammlung dadurch unmöglich zu machen, daß er die Auszahlung auf Sonntag verlegte und zu arbeiten verlangte, so täuschte er sich doch, da einige Wenige das nötige Geld vorschossen. Die Versammlung war gut besucht und wurden trotz meines Einspruchs drei Mann gewählt, die Entlassung rückgängig zu machen. Durch die Drohung, die Kommission die Treppe hinabzuwerfen, wurde

Kaiserlautern: Ehlig.
 Karlsruhe: Meißner.
 Kassel: Korn.
 Kiel: Dellerking.
 Köln: Schneider.
 Leipzig: Herzog.
 Magdeburg: Markworth.
 Mannheim: Heßmann.
 Mühlhausen: Hoffmann.
 München: Müller.
 Nürnberg: Hangenstein.
 Offenbach: Degen.
 Remscheid: Schmidt.
 Reutlingen: Müller.
 Solingen: Seehay.
 Straßburg: Schwarz.
 Striegau: Rösche.
 Stuttgart: Sautter.
 Uetersen: Hagemann.
 Ulm: Ehret.
 Worms: Schäfer.

Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis.

Berlin IV. (Militärattache.) B. Ernst Wagner, Kottbusser Ufer 60. K. Otto Kleinod, Köpenickerstr. 7, III.
 Darmstadt. K. und V. August Wolff, Liebfrauenstr. 37.
 Mannheim. B. Aug. Leichl, M. 7 Nr. 21, IV. K. Karl Göttler, Q. 3 Nr. 15, III r. (12-1, 7-8). Obmann des Agitationskomitees: Gustav Windheim, T. 3 Nr. 20, III.
 Oldenburg. K. W. Köpcke, Morienstraße 13.
 Straßburg. B. Ernst Engel, Wilhelmstraße 21. K. J. G. Helmer, Steinstr. 40, II.
 Braunschweig. B. C. Heise, Königstraße 27, II.

Altona. Dienstag, den 17. Oktober, fand eine gut besuchte öffentliche Versammlung in Altona statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag über Zwangsinnungen und die damit verbundenen Schiedsgerichte. 2. Stellungnahme zu der am 18. Oktober stattfindenden Wahl eines Gesellenauschusses für Altona und Umgegend. 3. Bericht: benes. Den Vorsitz führten die Kollegen Eingrieber, Holzstämpfer und Mänchoff. Ueber Punkt 1 referierte Kollege Brüggmann, indem er den Anwesenden die Ziele der Zwangsinnungen sowie den eventuellen Vorteil den wir haben könnten, vor Augen führte, wenn wir den Gesellenauschuss aus unseren Reihen wählten. Die Innung könne Institute und Kassen ins Leben rufen, wo wir ein Wort mitsprechen müssen. Zum Schluß forderte er die Kollegen auf, sich rege an der Wahl zu beteiligen und solche Kollegen zu wählen, die es verstehen für die Arbeiterinteressen einzutreten. In der Diskussion erläuterte Eingrieber noch das Gehahren einiger Innungen. So z. B. die Hamburger Tapezierer-Innung hat einen Paragraph in ihr Statut aufgenommen, welcher lautet, daß vom 1. Januar 1900 an jeder Gehilfe verpflichtet ist, einen Arbeitsschein von der Innung einzuholen und zu unterschreiben, daß er die von der Innung gestellten Bedingungen anerkennt. Zu Punkt 2 berichtet Krause als Vertreter der Uetersener Kollegen, daß sie gewillt sind, sich an der Wahl zu beteiligen, eventuell würden sie den ganzen Ausschuss allein stellen, worauf von mehreren Rednern betont wurde, daß dieses nicht gut anginge, indem das zu unständlich und der Sitz doch hier in Altona wäre. Hierauf wurde zur Vorschlagswahl geschritten, worauf als aktive Heinrich Zwirner, Friedrich Wählig, Hans Ahrens, sämtlich aus Altona, als Ersatzmänner, Oskar Krause, Heinrich Hagemann, Albert Schrader, sämtlich aus Uetersen als Kandidaten gewählt wurden.

Zu Punkt 3 forderten die Kollege Reischert und Eingrieber die noch fernstehenden Kollegen auf, sich dem Verbandsanzuschließen, um dadurch dem Gesellenauschuss mehr Rückhalt zu gewähren.

Berlin. Die in der Militärbranche beschäftigten Sattler nahmen am Dienstag, den 17. Oktober, in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung zu der Frage Stellung, ob es nützlich sei, eine Verbandsfiliale speziell für Militäreffekten-Sattler zu gründen. Hef leitete die Debatte ein. Er sprach sich für eine solche Gründung aus, weil er davon eine intensivere Vertretung der Spezialinteressen der Militäreffekten-Sattler erwartete. Redner bestrickte lebhaft den Anschluß an den Sattlerverband und schilderte ausführlich, wie sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Militäreffekten-Fabriken von Jahr zu Jahr verschlechtert hätten. Abhänge wären auf Abhänge erfolgt, und die Hausindustrie mit ihren üblen Begleiterscheinungen mache sich in der Branche breit. In der Provinz würden zum Teil höhere Akkordpreise gezahlt als in Berlin. Der Artikel über die Zustände in den Militäreffekten-Fabriken, der am 17. November im „Vorwärts“ erschienen ist, habe bewirkt, daß der mehrfach darin erwähnte Fabrikant Etkan in der Georgenkirchstraße einige Preise etwas erhöht habe.

Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage des inzwischen erschienenen Genossen Waldeck-Mannasse wurde in der Debatte fortgefahren. Fabrikant Bachhaus suchte nachzuweisen, daß man ihm eine Ausbeutung seiner Sattler nicht vorwerfen könne. Das Heruntergeben der Arbeitslöhne sei wesentlich durch das Submissionswesen mit verschuldet worden. Wie er erfahren habe, verlange der Oberrechnungshof von den zuständigen Militärbehörden,

daß die Arbeit an den vergeben werden solle, der das Mindestgebot abgebe. Solange dieses System beibehalten werde, lasse sich wenig ändern. Man möge nicht immer die Fabrikanten verantwortlich machen, sondern auch die Gesellen, die für Hungerlöhne arbeiten und dadurch die schlechte Konkurrenz ermöglichen. Und wenn man sonst was wolle, dann greife man einen Fabrikanten heraus, der nicht wert sei, daß ihn die Sonne beschine, und mache eine Eingabe an den Kriegsminister. Herr Etkan soll Patronentafeln für 35 Pf. gemacht bekommen, d. h. für einen Preis, mit dem ein Sattlergeselle nicht zufrieden sein könne. Es empfehle sich eine Besprechung mit einigen Fabrikanten. Hef: Es sei ein erfreuliches Zeichen, daß Herr Bachhaus jetzt solidarisch mit den Gesellen bessere Zustände schaffen wolle. Herr Bachhaus sei aber auch nicht ganz unschuldig, so habe er z. B. Zwischenmeister, die ihre Arbeiter brückten. Einer davon zahle für Tränkeimer 50 Pf., während Herr Bachhaus nach seinen eigenen Erklärungen 65 Pf. gezahlt habe. Die Kollegen vertieften sich am besten auf sich selbst, indem sie sich organisierten. Draband trat für die Gründung einer besonderen Verbandsfiliale ein. Dort können die Zustände in der Branche festgesetzt und dann in der Presse mitgeteilt werden. Der Artikel im „Vorwärts“ habe mehr genutzt, wie alles sonstige Geschrei. Alume wünschte, daß die Kollegen vor Gründung einer besonderen Filiale sich erst dem Verbandsanzuschließen. Herr Bachhaus könnte sich ein Verdienst erwerben, wenn er seine alten Arbeiter in den Verband schickte. Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die Lage der Militäreffekten-Sattler nur durch die Organisation der Sattler verbessert werden kann, beschließen die Versammelten, dem Verbandsanzuschließen und beauftragen eine dreigliedrige Kommission, sofort für den Beitritt Propaganda zu machen und die notwendigen Schritte zur Gründung einer Filiale der Militäreffekten-Sattler zu unternehmen.“

In die Kommission wurden Wagner, Scheibel und Draband gewählt.

Stiefelfeld. Unsere Versammlung vom 21. Oktober erfreute sich eines recht guten Besuches. Es erfolgten wieder zwei Neuaufnahmen, sodaß wir trotz des kurzen Bestehens unserer Filiale schon 37 Mitglieder zählen. Sodann haben noch 7 Kollegen erklärt, in nächster Versammlung beitreten zu wollen. Wir können wohl mit diesem Resultat zufrieden sein und hoffen wir, uns in dieser Richtung weiter zu entwickeln. — Sodann gab der Delegierte vom Gewerkschaftskartell Bericht über die letzte Sitzung desselben. Auch unsere Arbeitslosenunterstützung kam zur Sprache und entspann sich eine lebhafte Diskussion darüber, die jedoch noch zu keinem endgültigen Beschluß führte. Die Mitglieder mögen sich erst genau durch die Berichte in der Zeitung informieren, ob sie für oder gegen zu stimmen haben. Es wurde beschlossen, diesen Punkt wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Unter Verschiedenem wurde das Verhalten einzelner Kollegen dem Verband gegenüber getadelt, da sie sich wohl ausnehmen ließen, aber sonst noch keine freie Zeit gefunden hätten, unsere Versammlung zu besuchen. Dann kam ein äußerst interessanter und lehrreicher Fall zur Sprache, welcher eingehend erörtert wurde. In einer kleinen Fahrradattelfabrik war einem Kollegen ein Lohnabzug von 30 pCt. angekündigt worden, was den Kollegen veranlaßte, sofort seine Stellung aufzugeben. In der Diskussion wurde empfohlen, in Zukunft in solchen Fällen eine Verständigung unter den Kollegen herbeizuführen, um dann gemeinsam Lohnabzüge zurückzuweisen. Einer eingehenden Kritik wurden die Arbeitsverhältnisse bei dem Sattlermeister Harbaum unterzogen. Die Arbeitszeit beträgt daselbst 12 Stunden ohne Pause. Das Logis läßt sehr viel zu wünschen übrig und entspricht in keiner Weise den Anforderungen, die ein Arbeiter in seinem körperlichen und geistigen Interesse stellen muß. Als der letzte Gehilfe bei dem Meister in Arbeit trat, war nicht einmal für seine Unterkunft gesorgt worden, sodaß die Kollegen noch um 11 Uhr Nachts einen als Schlafstelle ganz ungeeigneten Raum reinigen und einrichten mußten. Der Lohn beträgt 7-7,50 Mk. Die Auszahlung des Lohnes wird immer von einer Woche zur anderen verschoben und müssen die Gehilfen um ihr verdientes Geld erst wiederholen bitten. Sämtliche Kollegen haben gekündigt. Es wurde denselben empfohlen, die Forderung auf Kost und Logis außer dem Hause und 18 Mk. Wochenlohn zu stellen. Sehr bezeichnend für den Herrn Meister ist noch, daß er den Gehilfen sagte, sie mögen nichts im Verbandsanzuschließen erzählen, damit er nicht im besten Arbeiterblatt veröffentlicht würde. Begeres war nicht der Fall, sondern ist dieses in der Zeitung bekannt gemacht worden. Bedauerlich ist, daß die Kollegen sich nicht früher äußerten, um diesem ein Ziel zu setzen.

Folgende Resolution, betreffend die Arbeitslosenunterstützung, wurde in unserer Versammlung vom 4. November angenommen:

„Die heutige, im Lokale des Herrn Schoos tagende, gut besuchte Mitgliederversammlung erklärt sich gegen die Form der Arbeitslosenunterstützung, wie sie vom Zentralvorstand vorgeschlagen ist. Wir schließen uns den Ausführungen der Nürnberger Filiale an.“

Wir treten für eine Lokalunterstützung in der Weise ein, daß eine monatliche oder vierzehntägige Sammlung mit noch näher festzusetzenden Beiträgen, welche durch Ausgabe von Marken geschehen soll, veranstaltet wird. Auf diese Weise

Hoffen wir einen Lokal'onds zu schaffen, mit dem wir unsere arbeitslosen Mitglieder unterstützen können.

Selbstverständlich ist das nur die Ansicht der hiesigen Filiale und wird sich dieselbe im anderen Falle der Majorität fügen."

Wien, den 23. Oktober. In unserer heutigen Versammlung wurde beschlossen, die Firma Seifert im „Volksblatt für Anhalt“ zu kritisieren. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, die Präsenzlisten einzuführen, wir hoffen, daß die Kollegen dadurch die Versammlungen zahlreicher und pünktlicher besuchen.

Ausführlicher Bericht über die Firma Seifert folgt.

Wien, den 6. November fand die Quartalsabrechnung statt. Es wurde beschlossen, 15 Mk. an die Hauptkassa zu senden und 6 Mk. auszuwerfen zur Anschaffung von Büchern und zwar gewerkschaftliche. Sodann wurden die Statuten der Bibliothek vorgelesen und einstimmig angenommen. Kollege Klenke wurde zum Bibliothekar gewählt.

St. Pölten. In unserer regelmäßigen Mitgliederversammlung vom 7. Oktober wurden zum 1. Punkt 5 Kollegen aufgenommen.

Zum 2. Punkt wurde, da Kollege Ludwig sein Amt niederlegte, Kollege Bures als Bevollmächtigter gewählt. An dessen Stelle Kollege Weigt als Beisitzer. Die Kollegen Bergmann und Salzmann wurden als Revisoren für die Abrechnung des 3. Quartals gewählt.

Unter Verschiedenem wurde beschlossen, in nächster Zeit ein Vergnügen und zwar einen Ball abzuhalten. Zu den Vorarbeiten wurde eine aus 5 Kollegen bestehende Kommission gewählt.

Dem Antrag des Kollegen Hauenstein, in der nächsten Mitgliederversammlung einen wissenschaftlichen Vortrag halten zu lassen, wurde zugestimmt.

St. Pölten. Versammlung vom 21. Oktober. Bei Einnahme der Beiträge ließen sich 7 Kollegen aufnehmen. Es folgte der Vortrag des Kartellmitgliedes Amende über: „Moderne gewerkschaftliche Fragen“, in welchem der Referent die Arbeitslosenunterstützung besprach und an verschiedenen Beispielen zeigte, wie notwendig dieselbe sei und man bestrebt sei, sie in den meisten Gewerkschaften einzuführen. Für die interessanten Ausführungen wurde dem Vortragenden reichlich Beifall zu teil. Folgende Resolution wurde mit 14 gegen 2 Stimmen angenommen:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Amende betreffend die Arbeitslosenunterstützung einverstanden und verspricht, in diesem Sinne innerhalb unserer Organisation zu wirken.

Zum Verschiedenen wurde das Verhalten eines Kollegen, betreffend Annahme auswärtiger Arbeit, gerügt. Nach verschiedenen Bemerkungen und einem Mahnwort, immer treu zum Verbands zu halten, fand Schluß der gutbesuchten Versammlung um 1/4 Uhr statt.

Zwettau. Am Montag, den 23. Oktober, fand die Abrechnung des 3. Quartals zur Verlesung und Prüfung, dieselbe wurde von mehreren Mitgliedern noch einzeln durchgesehen und für richtig befunden. Nachdem berichtete der Delegierte über die letzte Kartellführung.

Zum Punkt 2 wurde von mehreren Seiten der Antrag gestellt, unser Verkehrslokal zu verlegen, und wurde einstimmig beschlossen, unsere folgenden Versammlungen im Restaurant „Brauerschloßchen“, Schloßstraße, abzuhalten, da dort eventuell auch öffentliche Versammlungen stattfinden können.

Dann erfolgte eine Besprechung über Anschaffung notwendiger Bücher und zwar: Gewerbeordnung, Krankenversicherungsgesetz und fächliches Vereins- und Versammlungsrecht. Es wurde allseitig die Notwendigkeit, diese Bücher zu besitzen, anerkannt und die Zustimmung zur Beschaffung abgegeben.

Fachverein der Sattler, Taschner und Riemer Oesterreichs.

Berichte und Notizen aus Oesterreich sind nicht an die Redaktion, sondern an Heinrich Wilhelm, Wien V, 2, Jahngasse 18, einzusenden.)

Gelder für den Fachverein sind an den Kassirer der Zentrale Mathias Gause, VIII, Josefstadtstraße 81 zu senden. Gelder für die freie Organisation sind an den Hauptkassirer Richard Domes, VII, Hegelgasse 49, zu senden. Arbeitsvermittlung: Montag, Mittwoch und Samstag im Vereinslokal, VI, Mariaböserstr. 18 (C. Kupferscher Restauration). Reise-Unterstützung beim Arbeitsvermittler Josef Glubna, VI, Kasernengasse 12 (12-1 u. 6-7 Uhr).

Wien. Unsere neue Organisationsform. Das neue Reichstatut unseres Fachvereines ist zwar bis zu dieser Stunde noch nicht in unseren Händen, doch kann nach der bisherigen Gepflogenheit des Ministeriums: nicht genehmigte Statuten nach Verlauf von 3 Wochen zurücksenden, gehofft werden, daß dasselbe vor den Augen des fürsorglichen Herrn am grünen Tisch Gnade gefunden.

Um die Mitglieder mit der neuen Organisationsform vertraut zu machen und ihnen Gelegenheit zu geben ihre Ansichten auszusprechen, was für Vorteile dieselbe uns bietet und wie diese am besten ausgenutzt werden können, wurde über das neue Statut eine Diskussion abgehalten und sollen die Ansichten im Wesentlichen

hier wiedergegeben werden, um auch in den Ortsgruppen den Genossen Gelegenheit zu geben, die Frage zu erörtern. Gen. Diezel leitete die Diskussion ein, indem er den Zweck derselben erklärte. In die Besprechung der Statuten eintretend, schildert er den Zweck des Klassensystems; seit Jahren haben sich für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung immer mehr Stimmen erhoben, was seine Berechtigung hat, da bei den heutigen Zueuerungsverhältnissen in Wien einem Arbeitslosen mit einem Betrag von 3 fl. wenig geholfen ist. Da jedoch mit der Erhöhung der Unterstützung auch eine Erhöhung des Beitrages eintreten muß, bei der Erhöhung des Beitrages aber auf die Ortsgruppen Rücksicht zu nehmen ist, hofft man mit Hilfe des Klassensystems am besten vorwärts zu kommen. Eine weitere Aenderung ist die Umgestaltung des Zentralvereins zu einer Ortsgruppe und die Schaffung einer Zentralleitung. Die Zentralleitung, die die Hauptarbeit in der Agitation zu leisten hat, muß über die nötigen agitatorischen Kräfte und Mittel verfügen, wenn sie etwas Ersprießliches leisten will. Werden die Statuten diese Woche als genehmigt aufgestellt, so wird nächsten Samstag das Wahlkomitee aufgestellt, welches die Kandidaten für die Zentralleitung zu nominieren hat; dieselben werden den Ortsgruppen bekannt gegeben werden, da diese das Recht haben, andere vorzuschlagen. Der Ausschuss hofft, daß zu den Weihnachtsfeiertagen die Delegiertenversammlung stattfinden kann. Gen. Wilhelm bespricht die Bedeutung der Zentralleitung, auch der Zentralvorstand in der heutigen Form hat, wenn man seine Tätigkeit seit der Gründung des Vereins verfolgt, agitatorisch gewirkt, aber für eine regelmäßige agitatorische Tätigkeit in der Provinz bleibt demselben heute nicht die nötige Zeit, da er mit den Ortsangelegenheiten vollauf zu thun hat. Der Wert der neuen Organisationsform liegt darin, daß eine intensivere und regelmäßige Agitation möglich wird.

In Wien sind mit den Gehilfenausschüssen und Ortsgruppenvorstand genug Faktoren, die eine Agitation entwickeln können. Auch ist es in Wien jedem einzelnen Mitglied leichter, für unsere Sache zu agitieren, da eine größere Masse hinter ihnen steht. Auch kann in Wien in Folge der größeren Mitgliederzahl an geistiger Ausbildung durch wissenschaftliche Vorträge, Diskussionen u. s. w. mehr geboten werden. Es ist damit nicht gesagt, daß diese Ausbildung den Provinzmitgliedern unmöglich sei, nur geschieht es in einer andern Form. In der Provinz schließen Ortsgruppen von verschiedener Art einen Bund und sind so in der Lage, den Genossen etwas zu bieten. Es wäre aber eine vollständig irrtümliche Ansicht, wenn die Provinzgenossen die Fachorganisation für minderwertig hielten, weil die Verbindung mit ihren Ortsgruppen für sie einen individuellen Vorteil bietet.

Das Bestehen oder die Gründung von Ortsverbänden ist von bedeutendem Wert, da durch diese Organisation der proletarische Geist gepflegt werden kann, was von einer Zentralfstelle aus mitunter unmöglich ist. Der Zweck der Fachorganisation ist aber die Besserung der Verhältnisse in dem betreffenden Gewerbe, und so ist die Fachorganisation für die Provinzgenossen erst recht eine Kampfsorganisation.

Die Zentralleitung hat in erster Linie in der Provinz zu arbeiten, um bei Lohnkämpfen in Wien von außen geschäftig zu sein und um zur gegebenen Zeit in der Provinz den Kampf zu beginnen und auch dort bessere Zustände zu schaffen, da es im Interesse Aller liegt, in Wien wie in der Provinz gleich günstige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Ferner muß die Zentralleitung, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht werden soll, über mehr Mittel verfügen als bisher für Agitationszwecke ausgeben werden.

Gen. Stalleker spricht ebenfalls die Ansicht aus, daß eine Zentralleitung, die frei von den administrativen Arbeiten ist, eine größere agitatorische Tätigkeit entfalten könne. Aber nicht nur in der Provinz, auch in Wien ist für sie Arbeit genug; er bespricht weiter die Lehrlingszüchterei beim Riemergewerbe und fordert, daß von Seiten der Organisation dazu Stellung genommen wird.

Schweinburg sagt, für die Notwendigkeit der Schaffung einer Zentralfstelle, welche die Verbreitung der Organisation in der Provinz zu leiten hat, sprechen die Erfahrungen beim letzten Taschnerstreik. Auch in Wien muß mehr Energie aufgebracht werden, wie die Zustände in mancher Werkstätte zeigen.

Gen. Neill bespricht die Barmittelt der großen Masse der Riemermeister, um damit zu beweisen, wie fruchtig eine Organisation ist; er bespricht ebenfalls die Zweckdienlichkeit der Zentralleitung; nur darf sie nicht betreffs der Kosten der Agitation an das Sparen denken, wie es bis jetzt immer war; das Sparen für Agitationszwecke verbirbt mehr als es gut macht. Das Klassensystem schafft drei Arten der Beitragsleistung, er wird aber stets für einen hohen Beitrag eintreten, dann nur wenn die genügenden Mittel vorhanden sind, kann Ersprießliches geleistet werden.

Es wäre zu wünschen, daß unsere Mitglieder die Wahrheit des Besprochenen erkennen würden.

Wien. Bericht über die am 7. Oktober stattgehabte Gehilfenversammlung. Tagesordnung: 1. Lesung des Protokolles. 2. Wahlen. 3. Gewerblisches. 4. Anträge und Anfragen.

Das Protokoll der letzten Versammlung wird genehmigt. Zum 2. Punkt stellt Seifschad den Antrag, den 3. Punkt der Tagesordnung „Gewerblisches“ vor den 2. Punkt zu verbandeln, indem bei dem Punkt „Gewerblisches“ Dinge behandelt werden, die vor der Wahl geklärt sein müssen. Gen. Huber spricht sich gegen

